

Oberkirchenrat Christoph Stolte
Vorstandsvorsitzender der Diakonie Mitteldeutschland

Bericht der Diakonie Mitteldeutschland

Sehr geehrter Präses, liebe Schwestern und Brüder,

die Welt ist fragil, alte Vertrautheiten und Routinen scheinen hinfällig und bisher sicher geglaubte Verlässlichkeiten entfalten keine Wirkung mehr. Wir müssen befürchten, in das dritte Kriegsjahr zu gehen. Wir erleben Gesellschaft als gespalten und diese Spaltung zieht sich durch alle Lebensbereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Mit Sorge und Erschrecken nehmen wir die Wahlumfragen zur Kenntnis, die der faschistischen Partei AfD äußerst beunruhigende Prognosen versprechen. Zivilgesellschaftliche Bündnisse versuchen zusammenzustehen und etwas dagegen zu setzen, aber die Sorgen mit Blick auf die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im kommenden Jahr sind begründet. Es ist unerheblich, dass wir durch eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) zu wissen, dass die Hauptleidtragenden der AfD-Politik deren Wähler selbst sind¹. Das ist ein bemerkenswertes Paradox, bei dem es sich um fast jeden Politikbereich handelt: Wirtschaft und Steuern, Klimaschutz, soziale Absicherung, Demokratie und Globalisierung. Aber im Alltag gilt: „Wirklich ist, was wirkt!“

Die AfD ist inzwischen zu einer ostdeutschen Volkspartei geworden und löst DIE LINKE als Protestpartei ab. Oft erleben wir uns selbst als ratlos. Diakonie-Verbände kritisieren, dass sowohl im Bundeshaushalt, als auch in den Landeshaushalten Kürzungen im Bereich Migration und Integration, bei politischer Bildung, der Demokratiewerkstatt und bei den Freiwilligendiensten vorgenommen werden. Wir machen uns Sorgen um dieses Land.

Real sind die Energiekosten hoch, auch wenn die Energiepakete der Bundesregierung individuell und auch für die Sozialwirtschaft vieles ab- und aufgefangen haben; die Lebensmittelpreise bleiben hoch, wie auch die Inflation insgesamt noch immer hoch ist. Ich unterstelle, dass die meisten von uns hier damit dennoch angemessen umgehen und die Teuerungen abfedern konnten. Mögliche Einschränkungen haben uns hier meist nicht aus der Bahn geworfen.

Nicht viel scheint mehr sicher, der Klimawandel aber ist es. Haben wir uns genug darauf eingestellt, hoffen wir immer noch, dass es so schlimm schon nicht werden wird, wenigstens nicht in unserer eigenen Lebensspanne. Haben wir wirklich die Zukunft der Erde im Blick, wenn wir uns im Ränkespiel der Parteien zum Heizungsgesetz der Bundesregierung verlieren?

¹ www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html

Die schillernde Überschrift der „Sozialökologischen Transformation“ bedeutet nüchterne Erkenntnis und konsequentes, verändertes, neues Denken und Handeln. Wir sind jetzt gefordert und die Diakonie Mitteldeutschland hat sich im zurückliegenden Berichtszeitraum sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. In meinem zweiten Berichtsteil wird es unter anderem um dieses Thema gehen. Ein weiteres Thema, das uns massiv beschäftigt, ist die aktuelle und viel mehr noch die prognostische Arbeitssituation. Es geht um Arbeitskräfte insgesamt, die Fachkräfte sind davon ein Teil, und damit um die Frage ob es uns gelingt, auch in Zukunft die Daseinsorge zu sichern. Der soziale Frieden ist auch an dieser Stelle in Gefahr. Und deshalb sind die im September vorgelegten Bundes- und Landeshaushalte für 2024 das falsche Signal mit unter Umständen verheerenden Konsequenzen. Auch dazu lesen Sie einen Abschnitt im zweiten Teil dieses Berichtes. Die Aktion #wärmewinter der Kirchen war eine Antwort besonders auf die Folgen der Energiekrise. Auch dazu führe ich im zweiten Teil dieses Berichtes aus.

Sowohl der mündliche, als auch der schriftliche zweite Teil des Diakonieberichtes kann nur auf ausgewählte Schwerpunkte eingehen. Deshalb verweise ich auf den Vorstandsbericht an die Mitgliederversammlung der Diakonie Mitteldeutschland am 16. November 2023, der den Mitgliedern der Synode vorliegt und der die Vielfalt unserer diakonischen verbandlichen Handlungsfelder und Themen widerspiegelt. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Eine kurze Replik: Der Diakoniebericht der Herbstsynode des vergangenen Jahres widmete sich unter der Überschrift „Inklusion und Teilhabe“ im Schwerpunkt der Eingliederungshilfe und hier besonders den Menschen mit geistiger Behinderung. Wir haben unsere Kirche und die Kirchengemeinden selbstkritisch betrachtet. Ich habe versucht, Ihnen einen Einblick vom „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ der UNO vom Jahr 2006, über die Umsetzung im Bundesteilhabegesetz auf Bundesebene und die Herausforderungen der entsprechenden landesrechtlichen Ausführungen zu geben. Wir haben auch darüber gesprochen, dass wir als Kirche inklusiver werden müssen, wo wir selbst Exklusion erzeugen und welche Schritte wir für mehr Teilhabe gehen können.

Eine kurze Ergänzung zum letztjährigen Bericht: Im August dieses Jahres prüften die Vereinten Nationen die Umsetzung der „Behindertenrechtskonvention“ in unserem Land. Das Deutsche Institut für Menschenrechte stellt fest: „Die Prüfung der Vereinten Nationen hat klargemacht, dass Deutschland nicht genug tut, um seine menschenrechtlichen Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen. Bund, Länder und Kommunen müssen sich stärker für die Inklusion und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Derzeit entspricht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland nicht den menschenrechtlichen Vorgaben“. Es gibt also weiter viel zu tun für gleichberechtigte Teilhabe und für die Eingliederungshilfe in unseren Bundesländern.

Erneut und in Fortsetzung des letztjährigen Berichtes steht über diesem Bericht das Thema „Inklusion und Teilhabe“. In diesem Jahr widme ich mich im Schwerpunkt einem Thema, das wieder mitten in der Gesellschaft verortet ist und vielleicht deshalb zu oft übersehen, wenn nicht gar vermieden wird. Denn es könnte uns selbst recht schnell treffen: das Thema Armut. Durch Armut sind Menschen von gleichberechtigter Teilhabe ausgeschlossen, Armut ist häufig mit Scham behaftet, viel häufiger und verbreiteter als wir oft meinen. Auch wir haben hin und wieder eher eine Haltung der gönnerhaften Fürsorge als eine Haltung der Selbstermächtigung. Es geht um Armutsgefährdung, verdeckte und sichtbare Armut, Armut von Kindern und Familien, auch von Senioren, die sich eine notwendige Pflege kaum noch leisten können.

An dieser Stelle erinnere ich an die Rede Johann Hinrich Wicherns auf dem Wittenberger Kirchentag im Jahr 1848, also vor 175 Jahren. Eine programmatische Rede zur Gründung des „Centralausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche“, der sich am 11. November 1848 konstituierte. Er ist die Vorläuferorganisation unserer heutigen verbandlichen Diakonie. Diakonische Einrichtungen gab

es schon vorher, aber gerade die extreme Armut in Deutschland bewog Johann Hinrich Wichern, eine Bündelung der Initiativen und Kräfte vorzuschlagen.

Teil I – Teilhabe, Inklusion und Armut: „Arme habt ihr allezeit bei euch“

„Ihr habt allezeit Arme bei euch, und wenn ihr wollt, könnt ihr ihnen Gutes tun; mich aber habt ihr nicht allezeit,“ so lesen wir im Markusevangelium Kapitel 14, Vers 7. Jesus Christus gibt die Verantwortung in unsere Hände. Dabei sind wir uns einig, dass das gute Werk nicht ins Benehmen gestellt ist. Es ist und bleibt stets unsere Aufgabe und ich meine, dass wir sie häufig nicht gut lösen.

Im ersten Lockdown 2020 wurden in den Städten dieses Landes die Trinkbrunnen abgestellt. Eine Maßnahme, die aus der damaligen Unkenntnis über die Ausbreitung des Coronavirus und seiner Varianten erfolgte. Das hatte unmittelbar erhebliche Auswirkungen für Menschen, die in Armut und auch auf der Straße leben. Ihnen wurde das „Wasser abgegraben“. Es wäre ein Leichtes gewesen zu helfen. Das konnten wir nicht wissen? Das Problem ist, dass wir es von uns selbst aus nicht sehen. Wir hätten es wissen, wir hätten es sehen müssen! Der Finger muss auf uns selber zeigen.

Armut ist ein Skandal und es ist ein ebensolcher Skandal, dass wir uns Armut leisten, dass sich dieses Land Armut leistet. Armut macht krank und ohnmächtig. Das „Normale“ fehlt: Zeitung, Treffpunkte, Freizeitangebote, Kultur, Telefon, Internet, eine angemessene Wohnung und hinreichend bezahlte Arbeit, gesundes Essen und politische Beteiligung. Politiker oder Abgeordnete nehmen oftmals Menschen in Armut wenig wahr, es sind keine Wahlen damit zu gewinnen. Wir wissen: Je ärmer, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Dies ist in jeder Wahlanalyse sichtbar.

Armut versteckt sich: Kinder „vergessen“ Kindergeburtstage, denn Geschenke kosten Geld. Menschen in Armut fehlt „Zeit“ fürs Café, denn auch dafür haben sie kein Geld. Ältere und alte Menschen „spazieren“ kilometerweit zum nächsten Sonderangebot oder suchen Tafeln auf. Sie gehen Umwege, damit niemand sie sieht. Eine ältere Frau erzählte davon, dass sie im Spätsommer immer mit dem Fahrrad in den Wald fährt, um aus den selbstgepflückten Brombeeren Marmelade zu kochen. Das finden wir beachtlich, sehr ernährungs- und auch naturbewusst, sogar schön. Aber wenn ich dann später erfahre, dass diese Dame genau das machen muss, weil sie einfach kein Geld hat, sich Marmelade zu kaufen, dann bekommt es eine neue, eine andere Dimension.

Und wir? Sind wir nicht hin und wieder geneigt, in Vorurteilen zu denken? Ein Obdachloser mit zwei Hunden? Eine arme Familie mit großem Flachbildschirm und erheblichem Zigarettenkonsum? „Na, wenn das geht, kann es so schlimm nicht sein.“ Und: „Bettlern gebe ich nichts, das wird eh alles in Alkohol umgesetzt.“ Kann dieser bettelnde Mensch nicht mit diesem Geld machen, was er will? „Teures Handy aber kein Geld für ein Frühstück für die Kinder.“ Was erlauben wir uns eigentlich an Urteilen über Lebenslagen, die wir in der Regel nicht kennen und übersehen wollen, weil sie uns fast jederzeit selbst treffen können? Wir wissen, dass es Menschen gibt, die das Sozialsystem ausnutzen und wir haben schreckliche Begriffe dafür. Wir wissen aber auch, dass es lediglich 3 Prozent der Inanspruchnehmenden betrifft.

1. Begriffsbestimmungen

Die Sozialwissenschaften unterscheiden zwischen absoluter und relativer Armut. „Absolute Armut“ bedeutet, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht decken können. Sie haben zum Beispiel nicht genug

zum Essen, keine ausreichende Kleidung oder Wohnung oder ihre ärztliche Versorgung ist nicht gesichert. „Relative Armut“ bezieht auch die Lebens- und Entwicklungschancen in unserer Gesellschaft ein, es geht also um soziale Ungleichheit. Wer relativ arm ist, hat beispielsweise schlechtere Bildungschancen, weniger soziale Kontakte und größere Schwierigkeiten als andere, beruflich aufzusteigen. Die Möglichkeit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, das heißt die soziale und kulturelle Teilhabe, ist in vielerlei Hinsicht eingeschränkt. Relative Armut bedeutet, dass Menschen nicht die Teilhabemöglichkeiten haben, die in einer Gesellschaft als normal gelten.

2. Was bedeutet Armutsrisiko? Armutsrisikoquote und Armutsgefährdungsquote

Für uns sind relative Armut, die sich in der Armutsgefährdungsquote ausdrückt und Mindestsicherungsquote, die Zahl der Leistungsempfänger, die entscheidenden Zahlen um Armut zu beziffern.

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben hat, gilt nach der EU-Definition als armutsgefährdet. Dieses „Armutsrisiko“ betrifft fast ein Sechstel der Bevölkerung. In Sachsen-Anhalt sind es 2022 sogar fast ein Fünftel. (Sachsen-Anhalt 19,3 Prozent, Thüringen 18,5, Brandenburg 14,3, Sachsen 16,4, Bundesdurchschnitt 16,7 Prozent.) Für Alleinlebende liegt die Schwelle in Deutschland bei 1.148 Euro netto, für Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren bei 1.492 Euro, für Paare mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.410 Euro.

Rund ein Fünftel der Bevölkerung gilt als von „Armut oder sozialer Ausgrenzung“ betroffen. Weitere Faktoren können hinzugezogen werden, beispielsweise schlechter Arbeitsmarktzugang, Überschuldung, fehlende Mittel für kurzfristig erforderliche Reparaturen, täglich eine warme Mahlzeit, unsichere Wohnkostenfinanzierung, Probleme mit Mobilität im Alltag oder die Unmöglichkeit von wenigstens tageweisen Reisen mit der Familie in längeren Abständen.

Die Armutsrisikoquote (Armutsgefährdungsquote) ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. Zudem wächst die gesellschaftliche Ungleichheit. Zwar profitieren seit 1991 die meisten Haushalte von Einkommenszuwächsen, nicht aber die Haushalte mit geringen oder geringsten Einkommen. Ebenso nimmt „Armut trotz Arbeit“ in der Langzeitbetrachtung relativ zu. Zudem verläuft die Armutsentwicklung regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in städtischen Ballungszentren kommt es in den letzten 15 Jahren auch unabhängig von der durchschnittlichen Armutsentwicklung zu einer deutlichen Zunahme des Armutsrisikos um bis zu zehn Prozentpunkte.

Bei der Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren hat Sachsen-Anhalt mit 25,2 Prozent nach Bremen die höchste bundesweit. (Thüringen 23,7, Sachsen 20,3, Brandenburg 17,2, bundesweit 20,2 Prozent.) Sieht man in die Gruppe der 18 bis 25jährigen sind es in Sachsen-Anhalt über 34 Prozent, ähnlich in Thüringen und Sachsen und bundesweit 20 Prozent. Über die Hälfte der Alleinerziehenden, nämlich 50,9 Prozent sind in Sachsen-Anhalt und Thüringen armutsgefährdet, nach Bremen die höchste Zahl. (Sachsen 44,4, Brandenburg 38,1.)

3. Armut bedeutet für Kinder vor allem Verzicht

Armut bedeutet laut der Bertelsmann-Stiftung, die dies intensiv erforscht, für Kinder vor allem Verzicht: Verzicht auf materielle Güter und die geringere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Grundversorgung ist in der Regel durchaus gewährleistet, aber die Betroffenen sind vom gesellschaftlichen Leben

abgekoppelt. Um das messbar zu machen, wird gefragt, welche Güter und Aspekte aus finanziellen Gründen in den Familien fehlen. Darunter fallen Kinobesuche, Freunde einladen, Computer mit Internetzugang oder eine ausreichend große Wohnung. Kinder in einer dauerhaften Armutslage geben laut Studie an, dass ihnen im Schnitt 7,3 der abgefragten 23 Güter fehlen. Kinder mit temporärer Armutserfahrung geben an, im Durchschnitt auf 3,4 Dinge verzichten zu müssen. Kindern, die dauerhaft in gesicherten Verhältnissen leben, verzichten aus finanziellen Gründen im Schnitt auf nur 1,3 der abgefragten Güter.

Die Schulabbrecherquote ist in Sachsen-Anhalt in den letzten beiden Jahren zwar leicht gesunken, liegt aber mit 9,6 Prozent noch weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 6,2 Prozent und ist fast doppelt so hoch als in Bayern. In Thüringen liegt sie bei 8,3 Prozent, in Brandenburg bei 6,5 Prozent, in Sachsen bei 8,2 Prozent.

Unzureichende Bildungschancen führen zu schlechteren oder gar keinen Schulabschlüssen, nachfolgend zum erhöhten Risiko von Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und damit Einkommensarmut. Dies ermöglicht es den Kindern eben nicht, einen anderen Weg einzuschlagen, weil sie strukturell an Teilhabe gehindert werden (Vererbung von Armut). Ein Teufelskreis beginnt. Kinder erleben Alltag in Armut, in schlechten Wohnverhältnissen meist in Vierteln mit schlechten Umweltbedingungen, höherer Kriminalität, einem erhöhten Suchtrisiko, ungesunder Ernährung und so weiter. Mit Zeit wird anders umgegangen, wenn die Eltern nicht arbeiten. Am Ende des Tages werden nach außen Klischees verfestigt, deren Ursache aber im Wesentlichen die Armutslebenslage ist.

Sozialpolitik muss die Vererbung von Armut durchbrechen. Kinder können sich nicht selbst aus der Armut befreien – sie haben deshalb ein Anrecht auf Existenzsicherung, die ihnen faire Chancen und gutes Aufwachsen ermöglicht. Die Kindergrundsicherung ist finanziell unzureichend ausgestattet und damit eine verpasste Chance. Mit dem erleichterten Zugang zum Kinderzuschlag könnten allerdings gerade Familien im Niedriglohnsektor in Mitteldeutschland profitieren – durch die erhöhte Inanspruchnahme würden mehr Menschen entsprechende Leistungen erhalten.

4. Die Mindestsicherungsquote

Um Armut nicht nur statistisch darzustellen, hilft die sogenannte Mindestsicherungsquote, die aussagt, wie viele Menschen von existenzsichernden Leistungen leben. Zu diesen zählen folgende Hilfen:

- Gesamtregelleistung (Bürgergeld /Sozialgeld) nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II "Grundsicherung für Arbeitsuchende"),
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII "Sozialhilfe"),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII "Sozialhilfe") sowie
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

In Deutschland waren Ende 2019 insgesamt fast 7 Millionen Menschen auf Leistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme angewiesen – das entsprach 8,3 Prozent der Bevölkerung.

Zu „verdeckter Armut“ kommt es, wenn Menschen, denen staatliche Grundsicherungsleistungen formal zustehen, ihren Anspruch nicht wahrnehmen. Nach den Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nehmen rund 40% der Leistungsberechtigten solche Leistungen nicht in Anspruch.

Ein wachsender Teil der Bevölkerung lebt in Armut, bezieht jedoch keine staatlichen Hilfen. Dies liegt zum einen daran, dass sich die Voraussetzungen für den Anspruch auf bestimmte Leistungen erhöhen. Viele Betroffene schämen sich zudem oder wissen nicht genau, was sie erhalten können. Auch nehmen immer mehr Menschen soziale Rechte wegen der damit verbundenen umfassenden Offenlegungspflichten der persönlichen Verhältnisse, Kontrollen und Sanktionen nicht in Anspruch.

Ostdeutschland gehört europaweit zu den Regionen mit dem größten Niedriglohnssektor überhaupt. In Sachsen-Anhalt betrifft das ein Viertel aller Beschäftigten. Das Pro-Kopf-Einkommen erreicht hier mit 21.741 Euro jährlich nur 89 Prozent des Bundesdurchschnitts (24.415 Euro) und belegt dabei nach Thüringen mit 21.803 Euro den letzten Platz. Auch die Einkommensverteilung oberhalb des Mindestlohns verläuft auf niedrigem Niveau. Das bedeutet, dass viele Menschen auch oberhalb des Niedriglohnssektors zu wenig verdienen um zum Beispiel später eine auskömmliche Rente zu erhalten. Auch sind deren Teilhabechancen verringert. Daraus entstehen Abstiegsängste bis in die Mittelschicht hinein. 25 Prozent der Haushalte in Sachsen-Anhalt haben ein Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro pro Monat. Geringe Tarifbindung ist dabei nur ein Grund, hinzu kommen Wirtschaftsstruktur, wenig Industrie, Migration, viele Schulabbrecher und anderes mehr.

Die Einkommens- und Vermögensarmut in Mitteldeutschland zeigt sich deutlich in weiteren Kennziffern. Vor allem Sachsen-Anhalt schneidet im Vergleich schlecht ab: Die Überschuldungsquote ist in Sachsen-Anhalt mit 11,2 Prozent nach dem Stadtstaat Bremen die höchste in Deutschland (Thüringen 8,08 Prozent). Wer zum Beispiel einen Kredit für ein Haus oder ein neues Auto aufnimmt oder online auf Rechnung bestellt, wird zum Schuldner (Verschuldung). Das bedeutet jedoch nicht, dass man überschuldet ist. Solange die nötigen Mittel vorhanden sind, um die fälligen Raten abzubezahlen, ist alles im grünen Bereich. Erst wenn das nicht mehr der Fall ist und eine fällige Forderung nicht beglichen werden kann, beginnt der Prozess der Überschuldung.

5. Das soziokulturelle Existenzminimum – Der Regelsatz im Grundsicherungssystem

Der Regelsatz im Grundsicherungssystem ist das unterste soziale Sicherungsnetz in Deutschland. Davon müssen alle leben, die nicht selbst genug Einkommen erwirtschaften können: Menschen die keine Arbeit finden, die nicht arbeiten können und deren Kinder, Rentner mit zu geringen Renten und Menschen in der Erwerbsminderung. Rund 6,6 Millionen Menschen in Deutschland haben zum Jahresende 2021 Grundsicherungsleistungen erhalten.

Entscheidend beim Thema Regelsatz ist die Frage der Höhe und die Frage danach, ob diese Höhe soziale Teilhabe und ein Leben in Würde ermöglicht. Nach Berechnungen der Diakonie Deutschland lagen die Regelsätze in den letzten Jahren im Schnitt 180 Euro zu niedrig. (Andere Wohlfahrtsverbände sehen hier sogar 250 Euro.) Erklärbar ist dies durch Effekte bei der Ermittlung und Berechnung, die politisch gewollt waren und sind und die sich auch bei der seit diesem Jahr schnelleren Anpassung an Lebenshaltungskosten- und Lohnentwicklung nicht verändert haben. Der Regelsatz eines alleinlebenden Erwachsenen erhöht sich ab 1. Januar 2024 von aktuell 502 auf 563 Euro. Mit Partnern zusammenlebende Erwachsene erhalten künftig jeweils 506 Euro. Auch die Beträge für Kinder werden entsprechend angehoben. Zum Regelsatz kommt die Warmmiete mit Heizkosten (ohne Strom) in angemessener Höhe hinzu.

Was ist dabei die Krux? Die statistische Vergleichsgruppe (die untersten 15 Prozent der Haushaltseinkommen) ermöglicht Zirkelschlüsse: Haushalte die selbst Anspruch auf Sozialleistungen haben oder denen weniger als das Existenzminimum zur Verfügung steht, sind Teil der Vergleichsgruppe. Bei den Ausgaben dieser Vergleichsgruppe werden willkürlich Streichungen vorgenommen: Beispielsweise fließen

Ausgaben für einen Weihnachtsbaum, Speiseeis, Tierfutter und Kinderschmuck nicht in den Regelsatz ein. Ich denke wir sind uns alle einig, dass ein Christbaum zum Weihnachtsfest, die Kugel Eis im Sommer und auch Katzenstreu für die Katze zu dem in Deutschland „üblichen“ Leben gehören.

Auch das Erlernen eines Instrumentes ist regulär nicht vorgesehen. Wir als Kirche können also davon ausgehen, dass unsere Posaunenchöre und andere Instrumentalgruppen, die die Kenntnis und das Erlernen eines Instrumentes voraussetzen, in der Regel homogen und etwas überspitzt gesagt „kulturbürgerlich“ bleiben. Wir sind dankbar für die Initiativen der Kirchengemeinden und Kirchenkreise, die Instrumente, Instrumentalunterricht und Noten kostenlos anbieten. Das sind echte und wirksame Teilhabeinitiativen!

Menschen, die den Regelsatz erhalten, können sich übrigens nicht für nachhaltige und gesunde Lebensmittel entscheiden, weil sie schlicht zu teuer sind. Sie sind unfreiwillig auf Dumpingpreise angewiesen, auf unökologisch und unsozial hergestellte Lebensmittel. Es schadet ihnen selbst, es schadet den ökologisch anbauenden Produzenten und es schadet letztlich der Umwelt. Wie gesagt: sie können sich nicht entscheiden. Für das Thema Mobilität haben wir an dieser Stelle keine Zeit. Aber das 9-Euro-Ticket eröffnete Menschen in Armut Möglichkeiten und Welten, die sie jetzt nicht mehr haben. Teilhabe durch Mobilität war für drei Monate für fast alle möglich.

Ein letztes Beispiel: Geht in Haushalten im Regelsatzbezug zum Beispiel der Kühlschrank kaputt, kann dieser über ein Darlehen der Jobcenter in Kleinstbeträgen von drei bis vier Euro über viele Jahre aus dem Regelsatz heraus zurückbezahlt werden. Das ist nicht nur demütigend, sondern auch unökologisch. Die Anschaffung eines vielleicht teureren, aber energiesparenden Gerätes ist unmöglich. Die erhöhten Stromkosten müssen im Übrigen auch aus dem Regelsatz bestritten werden. Die meisten Haushalte der unteren Einkommen und der Regelsatzhaushalte haben alte „Energiefresser“. Das schlägt quasi ein doppeltes Loch in die ohnehin schon knappe Haushaltskasse und nachhaltig ist es gewiss nicht.

6. Urlaub und Ferien – der „große Sonntag des Jahres“! Fällt er aus?

Armut kann auch dies bedeuten: Eine Familie möchte einem Kind zwischen 14 und 18 Jahren eine Woche (sechs Tage) Urlaub in einer Jugendherberge ermöglichen. Pro Tag müssen dafür 25,50 Euro aufgebracht werden, für sechs Tage 153 Euro. Jugendherbergen bieten hierzulande günstige Angebote im unteren Preissegment an, also durchaus keinen Luxus: Dusche über den Flur, Mehrbettzimmer, Früchtetee. 153 Euro sind für eine Woche Urlaub nicht viel Geld, denken wir! Für die von Armut betroffene Familie bedeutet es aber, etwa 13 Wochen zu sparen für sechs Tage Urlaub. Sparen aus dem ohnehin zu niedrig bemessenen Regelsatz heraus. Und die Kosten für die Anreise sind in dieser Rechnung noch nicht dabei, Taschengeld für Unternehmungen oder auch nur eine Kugel Eis auch nicht. Wie fühlt sich das für die Eltern und für die Kinder an? Was kann man noch tun, was kann man dem entgegenstellen?

Dank der Spendenaktion „Kindern Urlaub schenken“ der Diakonie Mitteldeutschland können auch Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen erlebnisreiche Ferienfahrten erleben. Allein in diesen Sommerferien ermöglichte die Initiative insgesamt 2.700 Jungen und Mädchen in mehr als 150 Freizeitprojekten erholsame und lehrreiche Ferientage. Die „Aktion Kindern Urlaub schenken“ fördert pädagogische Ferienmaßnahmen für Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen. Neben der Erholung geht es in den Freizeitprojekten immer auch um Bildung und individuelle Förderung. Der Großteil der Ferienaktionen findet in der unmittelbaren Umgebung statt. Für die Kinder ist es oft gar nicht wichtig, wie weit die Reise ist. Wichtig ist, dass sie überhaupt stattfindet. Staatlich unterstützt werden Ferienfahrten für sozial benachteiligte Kinder, wie beschrieben, nur sehr unzureichend. Deshalb bitten wir dafür um Spenden.

Der jährliche Benefizlauf „Lauf und Schenke“ für die „Aktion Kindern Urlaub schenken“ legte in diesem Jahr im Schlossgarten in Arnstadt zusammengenommen eine Strecke von 4.120 Kilometern zurück. Das entspricht der Luftlinie von Arnstadt bis zur Küste Neufundlands. 550 Läuferinnen und Läufer liefen mehr als zwei Stunden lang Runde um Runde für diesen guten Zweck. Die jüngsten Teilnehmer wurden im Kinderwagen geschoben, die mit 85 Lebensjahren älteste Teilnehmerin stützte sich beim Runden-Gehen auf einen Rollator. Kinder- und Jugendgruppen, Kolleginnen und Kollegen aus diakonischen Einrichtungen, der Stadt Arnstadt und des Ilmkreises, der AOK Plus und der Evangelischen Bank bildeten Laufteams im gemeinsamen Ringen um eine möglichst große Rundenzahl. Der nächste Benefizlauf „Kindern Urlaub schenken“ findet am 15. Juni 2024 in Halle statt. Laufen Sie mit und spenden Sie!

7. Wohnungsnotfallhilfe oder nach Jesaja 32, 18: Kein Wohnen an einem Ort des Friedens, in sorgenfreier Ruhe und sicherem Heim.

Wohnungslosigkeit ist nicht naturgegeben und unveränderbar, sondern eine vielleicht nicht immer leicht zugängliche, aber eine dem Grunde nach sozialpolitisch veränderbare Lebenslage. Es gibt vielschichtige Ursachen, die zu Wohnungsverlust führen.

Bemerkenswert an diesem Thema ist aber zunächst, dass erst seit 2022 statistische Zahlen erhoben werden. Zuvor gab es fast ausschließlich Schätzungen. Man könnte daraus schließen, dass man es nicht so genau wissen und damit offiziell anerkennen wollte.

Auch die aktuellen Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, da nur die am 31. Januar des jeweiligen Zähljahres untergebrachten bzw. in ambulanten Diensten erfassbaren Menschen gezählt werden. Wir haben es mit einer hohen Dunkelziffer zu tun, geschätzt wird mindestens die doppelte Anzahl.

2023 wurden vom statistischen Bundesamt in Thüringen 6.875 wohnungslose Menschen gezählt, in Sachsen-Anhalt 1.980. In Berlin sind derzeit 39.375 Menschen wegen Wohnungslosigkeit von den Behörden untergebracht worden. Die Menschen leben in Not- und Gemeinschaftsunterkünften, gewerblichen Unterkünften oder Normalwohnraum, der ihnen vorübergehend überlassen wird, ohne dass dadurch ihre Wohnungslosigkeit beendet ist. Nicht in die Erhebung einbezogen sind Menschen, die bei Freunden, Familien oder Bekannten unterkommen und Obdachlose, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben. Nach Angaben der Behörden wurden zudem im vergangenen Jahr in Berlin 421 Delikte gegen Obdachlose gezählt. Als Opferdelikte zählen Straftaten gegen die persönliche Freiheit und körperliche Unversehrtheit wie Freiheitsberaubung, Nötigung, Körperverletzung, Raub, Totschlag, Mord und Vergewaltigung. Das sind auch Gründe, warum neben der Scham betroffene Menschen davor zurückschrecken, Notunterkünfte aufzusuchen, denn sie müssen damit rechnen, dass ihnen Diebstahl, Gewalt, mangelnde Privatheit und psychisch belastende Situationen begegnen.

Beim Thema Wohnen liegen die Lösungen nicht „auf der Straße“, sondern es muss „die Straße“ in jedem einzelnen Falle verhindert werden. Wohnungslose Menschen wünschen keine Hilfe bei Wohnungslosigkeit, sondern gegen Wohnungslosigkeit. Wir brauchen also viel mehr präventive Maßnahmen und Hilfen um Wohnungsverlust zu vermeiden als Unterbringungsmöglichkeiten nach dem Wohnungsverlust. Alle anderen oft sehr komplexen Ursachen (Sucht, Psychische Erkrankungen, usw.) die zum Verlust der Wohnung geführt haben, lassen sich nur mit den betroffenen Menschen gemeinsam beheben. Dafür brauchen sie Zugänge zu Unterstützungsleistungen und Beratungsdiensten und vor allem einen privaten Rückzugsraum. Eben eine eigene Wohnung.

8. Angebote und Einrichtungen der direkten Gefährdetenhilfe und Armutsbekämpfung der Diakonie Mitteldeutschland

In der Diakonie Mitteldeutschland arbeiten in insgesamt 101 Einrichtungen der direkten Gefährdetenhilfe und Armutsbekämpfung insgesamt 215 hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen. Hinzu kommen insgesamt 340 Menschen im Ehrenamt oder Freiwilligendienst und Auszubildende und Menschen aus dem geförderten Arbeitsmarkt.

Bei den Einrichtungen bilden die Tafeln und die Mahlzeitendienste (Suppenküchen, Mittagstisch) mit insgesamt 28 Ausgabestellen die Mehrzahl der Angebote. Dort arbeiten auch die meisten Ehrenamtlichen und Freiwilligendienstleistenden. Dabei teilen wir die kritische Betrachtung der Tafeln. Armut wird dadurch nicht bekämpft, sondern gegebenenfalls verfestigt. Wir meinen, dass das eine zu tun ist ohne das andere zu lassen: Menschen mit wenig Geld das Leben erleichtern (und auch Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten) und gleichzeitig immer wieder den Finger in die Wunde legen. Die Tafel will und kann nicht die Lösung des Problems sein, sondern nur ein Übergang zu einer gerechteren Gesellschaft.

Insgesamt 20 Schuldnerberatungsstellen inklusive Nebenstellen mit insgesamt 39 hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen sind auf dem Gebiet der Diakonie Mitteldeutschland tätig. In Sachsen-Anhalt und Thüringen bieten je acht Kleiderstuben und Möbellager mit einer erheblichen Anzahl an Ehrenamtlichen ihre Unterstützung an, danach folgen die Angebote der Ambulanten Wohnungslosenhilfe, zu denen Wärmestuben, aufsuchende Angebote, Tagestreffs und Projekte zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit gehören. Wohnheime der Diakonie für Wohnungslose gibt es insgesamt fünf, zudem ein Nachtsyl in Erfurt.

9. Pflegebedarf und Armut

Rund 820.000 Menschen leben in einem Pflegeheim. Vom Statistischen Bundesamt und dem Verband der Ersatzkrankenkassen (vdek) 2022 erhobene Daten zeigen, dass ein stationärer Pflegeplatz bei Pflegegrad III durchschnittlich 3.510 Euro kostet. Die gesetzliche Leistung, auf die bei Pflegegrad III Anspruch besteht, liegt durchschnittlich bei 1.262 Euro.² Bleibt ein Betrag von 2.248 Euro, der von der zu pflegenden Person bzw. deren Angehörigen zu tragen ist. Die Rechnung ist viel komplizierter, als ich sie hier darstellen kann. Übrigens: rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut. Die Anerkennung, die pflegende Angehörige verdienen, ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Auch wenn die mit der Reform 2022 eingeführten staatlichen Zuschüsse zum pflegebedingten Eigenanteil die Kosten senken, ist trotzdem mit einer erheblichen Versorgungslücke in den nächsten Jahren zu rechnen. Der Grund dafür sind deutlich steigende Kosten in der Pflege. Zunächst muss die Bewohnerin oder der Bewohner selbst ihr oder sein Einkommen und Vermögen einsetzen, um den Eigenanteil der Heimkosten zu decken. Erst, wenn diese nicht zur Finanzierung ausreichen, prüft das Sozialamt, ob Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern aufkommen müssen. Darüber hinaus können Bewohner mit geringem Einkommen Sozialhilfe in Anspruch nehmen. In Deutschland sind insgesamt etwa 36 Prozent der Bewohnenden in Einrichtungen der stationären Pflege auf Sozialhilfe angewiesen. Wir brauchen dringend die seit langem und immer wieder versprochene echte Pflegereform.

² Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 bis 5 in der vollstationären Pflege erhalten einen Leistungszuschlag auf den Eigenanteil der pflegebedingten Aufwendungen. Der Zuschlag steigt mit der Dauer des Wohnens/Aufenthaltes in einer stationären Pflegeeinrichtung.

10. Sozialen Ausgleich schaffen

Wer von Armut spricht, darf von Reichtum nicht schweigen. Es geht in unserer Gesellschaft nicht nur darum, welche und wie viele Mittel ein Mensch mindestens zur Verfügung haben muss. Es geht immer auch um Gerechtigkeit. Letztlich ist es die Frage danach, ab welchem Maß Reichtum und soziale Ungleichheit gesellschaftlichen Zusammenhalt ernsthaft in Gefahr bringen.

Das bezieht sich nicht nur auf Deutschland. Soziale Ungleichheit ist weltweit gewachsen: Seit 1995 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung fast 20-mal mehr Vermögen angehäuft als die ärmsten 50 Prozent der Menschheit insgesamt besitzen. Die Kehrseite außerordentlichen Reichtums ist extreme Armut vieler Menschen: Fast die Hälfte der Menschheit – 3,2 Milliarden Menschen – lebt in Armut, das heißt von weniger als 5,50 Dollar am Tag. Drei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung und drei Viertel keinen Zugang zu sozialer Sicherung.

Wachsende Ungleichheit bedeutet, dass mehr Menschen krank sind, weniger Menschen eine gute Ausbildung haben und weniger Menschen ein würdiges und auch glückliches Leben führen. Wachsende Ungleichheit verhindert die Abschaffung von Armut. Wenn die Wohlstandsgewinne vor allem nach oben fließen, bleibt zwangsläufig weniger für alle anderen.

Eine große Mehrheit in Deutschland befürwortet einer Umfrage von Oxfam³ zufolge, reiche und vor allem sehr reiche Menschen stärker zur Finanzierung von Maßnahmen gegen Armut und Klimawandel heranzuziehen. Die Bundesregierung hätte also einen starken Rückhalt für die Erschließung neuer Finanzierungswege zur Armutsbekämpfung und für eine umfassende Unterstützung der von der Klimakrise besonders betroffenen Länder. Die Stimmung in der Bevölkerung steht damit „in eklatantem Widerspruch zur Politik der Bundesregierung“, die bei Armutsbekämpfung derzeit vor allem Mittel kürzt. Es ist eine politische Frage, zusätzliche Finanzressourcen zu mobilisieren. Die Unterstützung der Bevölkerung dafür ist vorhanden.

Politik könnte also entscheiden und gezielt gestalten. Nichts spricht beispielsweise dagegen, die Mehrwertsteuer für pflanzliche Nahrungsmittel zu reduzieren oder ganz wegfallen zu lassen. Das würde Menschen mit wenig Einkommen sofort entlasten, da sie einen Großteil ihrer Einkünfte für Dinge des täglichen Bedarfs ausgeben. Und es würde der sozialen Teilhabe an gesunden Nahrungsmitteln sowie der Ernährungswende insgesamt dienen. Bei steigenden CO₂-Preisen bspw. für Energie oder Verkehr braucht es gezielte Maßnahmen zur Entlastung vulnerabler Haushalte durch zugeschnittene Förderprogramme bzw. erhöhte Sozialtransfers. Der Zertifikate-Handel könnte den CO₂-Preis lenken, Menschen in Armut würden aber nicht hinten runterfallen.

11. „Nicht arm zu sein, ist nicht selbstverständlich!“ Plädoyer für eine armutsorientierte und gastfreundliche Kirche

Was können wir tun? Wo müssen wir aufmerksamer werden? Zunächst vor allem in unserem Wissen und in unserer Haltung.

„Nicht arm zu sein, ist nicht selbstverständlich!“. Bei allem gesellschaftlich Skandalhaften müssen wir nüchtern konstatieren: Armut ist mitten unter uns. Auch in unseren Gottesdiensten und Gemeinden. Armut ist nicht am Rande der Gesellschaft, sondern mittendrin. In und mit Armut zu leben bedeutet immer

³ Siehe epd Nachrichten Landesdienst Ost vom 18.09.20023

Krafteinsatz, Energieverlust, Stress. Da sind keine Ressourcen mehr da für ehrenamtliches Engagement, für Qualifizierungsmaßnahmen, für politisches Interesse, für kulturelle Beteiligung und Teilhabe. Über den Tag zu kommen ist die Hauptaufgabe. Wie schwer ist es eigentlich, sich in dieser entwürdigenden Situation nicht zu verlieren und die Würde, die unveräußerlich ist, zu wahren?

Viele Biografien zeigen, dass man nur drei Schritte von Armut entfernt ist: Jobverlust, Krankheit, Trennung von der Partnerin oder vom Partner. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnssektor, Frauen im Rentenalter, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Familien mit mehr als zwei Kindern und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen.

Ein erster Schritt ist die Bewusstheit. Dazu gehört auch, eben nicht pharisäerhaft zu denken „Herr, ich danke Dir, dass ich nicht so bin, wie die anderen.“

Spenden! Ja, unbedingt. Aber nicht, um das Gewissen rein zu spenden, sondern wirklich und mit Überzeugung zu helfen.

Wir müssen die Komfortzone verlassen, auch als kleiner werdende Kirche gastfreundlich sein, offene, ansprechende Angebote machen. Das „Restaurant des Herzens“ in Erfurt, das Sozialprojekt Liora von Diakonie und Kirche in Gotha oder „Zu Tisch bei Jakob“ in Pößneck, Bad Blankenburg, Saalfeld und Weimar mit ansprechend gedeckten Tischen und zuvorkommender Bedienung sind Angebote, die Leib und Seele nähren und die Würde bewahren. Die Bahnhofmissionen, Tafeln, Wärmestuben und Sozialkaufhäuser brauchen immer Unterstützung, finanzielle und tatkräftige. Spenden, Ehrenamt und Regale einräumen sind Formen der Hilfe, die ankommen. Es geht um das Helfen im Leben, nicht in Armut.

Machen wir bewusst Angebote außerhalb der Kerngemeinde. Viele Kirchengemeinden und Kirchenkreise machen das bereits und wissen, dass das Annehmen dieser Angebote Zeit braucht, denn zunächst muss die Scham überwunden werden.

Im Sommer kostenlos Wasser zur Verfügung stellen, unsere kühlen Kirchen, vielleicht auch Schirme und Hüte. Und im Winter warme und warmherzige Räume.

Für Glaubwürdigkeit sorgen: Wie treten wir als Kirche öffentlich auf? Sind unsere vielfältigen kulturellen Angebote auch für arme Menschen nutzbar? Kann in Kantoreien und Posaunenchoren auch ohne finanziellen Beitrag, ohne eigenes Instrument und Noten, mitgesungen und mitgespielt werden? Können auch arme Jugendliche in der Konfirmandenarbeit an Fahrten teilnehmen? Gestalten wir bewusst eine gastfreundliche Kirche, insbesondere für arme Menschen? Das ist die Frage nach einer glaubwürdigen Haltung, die dann auch reale Folgen hat.

Aus der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung können und sollten wir die biblische Erkenntnis der „besonderen Option Gottes für die Armen“ wieder neu und mehr in den Blick nehmen. Aus dieser besonderen Option Gottes leitet sich ab, es in der Nachfolge Jesu Christi genauso zu tun. Werden wir aktiv gegen Armut in Wort und Tat, sie ist ein Skandal, den wir uns nicht leisten dürfen!

Teil II Ausgewählte Themen aus der Arbeit der Diakonie Mitteldeutschland

Ich verweise an dieser Stelle nochmals auf den Druckbericht des Vorstandes der Diakonie Mitteldeutschland, der den Mitgliedern im Rahmen der Mitgliederversammlung am 16. November 2023 vorgelegt wurde und auch allen Mitgliedern der Landesynode zur Herbsttagung vorliegt.

1. Aktion #wärmewinter 2022/2023

Mit Beginn des Krieges in der Ukraine stiegen die Preise für Gas, Strom und Kraftstoffe. Die Bundesregierung reagierte unter anderem mit der Zahlung eines Energiegeldes. Da die Zahlung Lohnsteuerpflichtig war, gingen der EKM dadurch überplanmäßige Kirchensteuern zu. Unter dem Motto „#wärmewinter“, ein Aufruf und eine Kampagne der EKD mit der Diakonie Deutschland, wurde diese Mehreinnahme in Höhe von 1,23 Millionen Euro dem Spendenprogramm „Hilfe vor Ort“ der Diakonie Mitteldeutschland zugesprochen. Unbürokratisch und schnell sollten und konnten Projekte der Nothilfe umgesetzt werden. Mehr als eine Million sind bisher ausgezahlt oder zugesprochen.

Ziel der Aktion #wärmewinter war und ist es, die Lebenssituation von Menschen in Armut zu verbessern. Umgesetzt wurde das Ziel durch die direkte Unterstützung von Familien in finanziellen Notlagen. Für sie beantragten diakonische und kirchliche Einrichtungen Unterstützungen, um beispielsweise Lebensmittelgutscheine oder Energiekostenzuschüsse zu finanzieren. Rund 2.500 Personen konnte zügig und passgenau geholfen werden.

„Wärmewinter-Aktionen“ bildeten eine zweite Hilfsmöglichkeit. Dabei handelt es sich um eigens initiierte soziale Maßnahmen für notleidende Menschen und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Insgesamt 38 Wärmewinter-Aktionen (vom wöchentlichen Café-Treff mit warmer Mahlzeit bis zur Lego-Werkstatt in der Kirchengemeinde) konnten verwirklicht werden. Zahlreiche Kirchengemeinden und Sozialtreffs beteiligten sich daran, setzten Aktionen um und stellten warme Räume als Treffpunkte, etwa für adventliche und weihnachtliche Essen, für Spielaktionen, Hausaufgabenhilfe und für Begegnung zur Verfügung.

Angesichts der hohen Mehrausgaben für Energie und Lebensmittel gerieten im Herbst und Winter 2022 auch soziale Einrichtungen selbst in finanzielle Not. Besonders Tafeln und Wärmestuben waren betroffen. 40 Anträge zur Finanzierung dieser unvorhersehbaren Mehrkosten wurden bisher bewilligt.

Um Energiekosten langfristig zu senken, werden im Rahmen der Aktion #wärmewinter auch Maßnahmen zur sozialökologischen Transformation gefördert. 16 Maßnahmen wurden bisher unterstützt. Sie umfassen unter anderem Gebäude-Dämmung, die Steigerung von Energie-Effizienz oder die Anschaffung von Tafel-Fahrzeugen mit Elektro-Antrieb.

Insgesamt 128 Maßnahmen wurden bisher mit rund 1.000.000 Euro unterstützt. Im kommenden Winter 2023/2024 werden erneut Hilfsanfragen entgegengenommen. Die Förderrichtlinie und die Antragsunterlagen sind auf den Seiten des EKM-Gemeindedienstes und bei Andreas Hesse (Spenden und Förderungen, Diakonie Mitteldeutschland) unter hesse@diakonie-ekm.de abrufbar.

Förderschwerpunkt	Anzahl Projekte	bewilligte Förderung
Familien in Not	34	128.285,00 Euro
Wärmewinter-Aktionen	38	186.415,00 Euro
Mehrkosten für Energie	40	281.830,00 Euro
Sozialökologische Transformation	16	412.074,00 Euro
<i>Gesamt</i>	<i>128</i>	<i>1.008.604,00 Euro</i>

2. Soziale Klimapolitik - Sozialökologische Transformation

Wie im Bericht bereits an einigen Stellen deutlich wurde, lässt sich die Armutsproblematik immer weniger von klimapolitischen Zielen und nachhaltigem Wirtschaften trennen. Nachhaltige Klimapolitik muss Armutslagen immer einbeziehen. Denn auch hier geht es um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe. Das heißt aber auch, dass, wenn die aktuelle Klimapolitik erfolgreich sein will, sie sozial ausgestaltet sein muss, sonst wird sie keine Zustimmung finden. Wenn ich vorhin von sozial-kulturellem Existenzminimum und Teilhabechancen gesprochen habe, sollten wir über eine Art sozial-ökologisches Existenzminimum ebenso nachdenken.

Viele Menschen haben massiv Ängste, dass Maßnahmen wie zum Beispiel der Energiewende zu finanziellen Belastungen und sozialem Abstieg führen. Dabei geht es um mehr als die vielbeschworene Wärmepumpe. Es geht um eine Verteuerung des Lebensnotwendigen. Und was ist mit den Teilhabechancen in der erforderlichen Mobilitätswende? Reicht das 49-Euro-Ticket aus und sind die Zugänge für alle Menschen leicht genug gestaltet? Bei diesem Ticket sind ein Girokonto und ein Smartphone Voraussetzung. Nicht alle Menschen haben dies. Sind gesunde und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel auch für Menschen mit wenig Einkommen zugänglich und erschwinglich (Ernährungswende)?

Unsere diakonischen Einrichtungen brauchen neue Regelungen in der Kostenkalkulation und im Vergabebereich. Nicht das billigste Angebot sollte den Zuschlag erhalten, sondern das Angebot, das Nachhaltigkeit in Bezug nimmt bzw. nachhaltig ist. Viele Produkte in der Pflege könnten fair und ökologisch verantwortbar produziert und auch recycelt werden. Auch Fahrzeugflotten, Mobilitätshilfen für die eigenen Beschäftigten sollten überdacht und angepasst werden. Im Krankenhaus und in stationären Einrichtungen können der Fleischverbrauch gesenkt und es können generell mehr ökologische Produkte eingeführt werden. Die Liegenschaften der Träger sollen und müssen energetisch erneuert oder ertüchtigt werden. Für viele dieser Anpassungen sind große Investitionen nötig. Dafür brauchen unsere Einrichtungen finanzielle Unterstützung und spezifische Förderprogramme, weil sie als gemeinnützige Unternehmen keine wesentlichen Gewinne und Rücklagen erwirtschaften können. Die Bedarfsliste unserer Träger und Mitgliedsein-

richtungen ist um einiges länger. Es geht auch um mehr Autonomie bei Entscheidungen, weniger Bürokratie, schnelle Verhandlungsprozesse. All dies muss politisch auf allen Ebenen besprochen und abgestimmt werden.

Die Diakonie Mitteldeutschland führte im Mai dieses Jahres einen Fachtag unter der Überschrift „Sozial-ökologische Transformation“ durch. Der Titel der Veranstaltung: „Vom Transformationszug abgehängt? In Krisen sozial, ökologisch und gerecht handeln.“ stellte die Frage, ob bei den anstehenden Transformationen wirklich alle mitmachen können oder doch und wieder die unteren Einkommenshaushalte auf der Strecke bleiben.

Wir wissen, dass ärmere Menschen häufig in einer stärker belasteten Umwelt leben und daraus oft erhebliche soziale sowie gesundheitlich bedingte Folgekosten entstehen. Insofern profitieren diese Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich von einer fortschrittlichen Umwelt- und Klimapolitik. Zu berücksichtigen ist auch, dass Umwelt- und Klimaschutz auch direkt zu Kostenentlastungen führen können, etwa durch die Steigerung der Energieeffizienz. Daher ist es wichtig, die Debatten über die Verteilungseffekte konkreter umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen zu versachlichen. Auch wir müssen stärker herausarbeiten, wie Umwelt- und Klimapolitik die Lebensqualität verbessert. Kirche und Diakonie können einen großen Beitrag dazu leisten, dass die klimapolitisch gebotenen, notwendigen Transformationen sozial ausgestaltet werden, sie breite Akzeptanz finden und schließlich wirklich erfolgreich sind.

3. Das Soziale in Gefahr – die Entwürfe des Bundeshaushaltes und der Landeshaushalte

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2024 sieht zum Zeitpunkt der Berichterstellung drastische Einschnitte im sozialen Sektor vor. Die geplanten Kürzungen quer durch alle sozialen Bereiche sowie mangelnde Investitionen in den Sozialstaat sind sozialpolitisch und ökonomisch kurzsichtig.

In diesen Zeiten multipler Krisen erweist sich eine zuverlässige soziale Infrastruktur als Stabilitätsfaktor. Wir erleben dies täglich in unseren diakonischen Diensten und Einrichtungen: Verunsicherung und Not wachsen. Bereits heute gibt es für viele Unterstützungsangebote wie Schuldnerberatung, allgemeine Sozialberatung oder Familienberatung immer längere Wartezeiten. Die höchste Zuwanderung seit 70 Jahren erfordert zusätzliche Beratungs- und Hilfsangebote für Migrantinnen und Migranten. Ältere und pflegebedürftige Menschen werden durch die steigenden Pflegekosten immer stärker belastet und sind mehr und mehr auf Sozialhilfe angewiesen. Der Haushaltsentwurf des Bundes sieht eine Kürzung des Steuerzuschusses der Pflegeversicherung vor. Es besteht damit das Risiko, dass Menschen mit Pflegebedarf nicht mehr professionell versorgt werden können. Der Fach- und Arbeitskräftemangel in den sozialen Berufen erschwert die Situation zusätzlich. Daher ist es nicht nachzuvollziehen, dass der Etat der Jobcenter erheblich gekürzt werden soll.

Erhebliche Kürzungen sind auch im Bereich der Migrationsberatung, der psychosozialen Unterstützung, der Asylverfahrensberatung und des Jugendmigrationsdienstes geplant. Die Prognosen sprechen von einem Rückgang der Angebote bis zu 30 Prozent. Das Präventionsprogramm „Respect Coaches“ an Schulen steht praktisch vor dem Aus. Hier werden funktionierende Strukturen der Demokratieförderung zerschlagen. Weiterhin sind in erheblichem Umfang im Bereich der gesetzlichen Freiwilligendienste Einsparungen vorgesehen und zwar in einer Höhe von fast 25% der bisherigen Bundesmittel. Für 2025 wurde eine weitere Kürzung von 35 Millionen Euro angekündigt. Mit den geplanten Mittelkürzungen wird 2024 jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten wegfallen, 2025 sogar jeder dritte! Dabei ist klar: Für den Freiwilligendienst im sozialen Bereich als Bildungs- und Orientierungsjahr interessieren sich nach wie vor viele junge Menschen. Rund zwei Drittel dieser jungen Menschen bleiben dem sozialen Bereich verbunden und etwa 40 Prozent entscheiden sich nach dieser Erfahrung für eine Ausbildung im Sozial- und Gesundheitsbereich. Dort zu kürzen schwächt die

Handlungsfähigkeit im Sozialsektor und konterkariert alle Bemühungen, die Attraktivität der sozialen und pflegerischen Berufe erlebbar zu machen und zu stärken.

Kürzungen sind ebenso im Bereich der Eingliederung in den Arbeitsmarkt geplant. Darüber hinaus bei Familienferienstätten, Mehrgenerationenhäusern und in der Müttergenesung. Das gilt auch für die politische Bildung. Diese Kürzungen sind ein Beitrag zur Gefährdung des sozialen Friedens und zur Stärkung extremistischer Einstellungen, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit im Wahlverhalten niederschlagen werden. Die aktuellen Sparpläne für und mangelnden Investitionen in die soziale Infrastruktur verstetigen oder vergrößern die sozialen Problemlagen.

Auch die Entwürfe der Landeshaushalte Sachsen-Anhalt und Thüringen sehen mit Stand September 2023 einen Rückgang in den Ausgaben für Soziales vor. In Sachsen-Anhalt soll entgegen aller politischen Verhandlungen und nachgewiesenen Bedarfe die Finanzierung der Schwangerschaftsberatungsstellen trotz gestiegener Personal- und Sachkosten und weiterhin hoher Inflation erheblich sinken. Der Haushaltsentwurf für den Freistaat Thüringen sieht Kürzungen bei der Gleichstellungspolitik und der Umsetzung der Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) vor, ebenso bei Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung, der sozialen Integration und Armutsprävention, zu dem unter anderem auch die Schaffung und der Ausbau der Einrichtungen zur Psychiatrischen Versorgung und Einrichtungen von bedarfsnotwendigen Hospizplätzen gehört. Darüber hinaus sind erhebliche Kürzungen im Bereich Kindertagesstätten vorgesehen. In dieser Situation die öffentliche Finanzierung von wichtigen Angeboten herunterzufahren, verschärft die Krise und gefährdet die in Jahrzehnten aufgebauten Unterstützungsstrukturen.

Die Aussagen der Regierungen sowie ihre Programme widersprechen dem geplanten Bundeshaushalt und den Landeshaushalten. Regierungsaussagen und -vereinbarungen stimmen nicht mit ihrem Handeln überein und nähren demokratiefeindliche Haltungen. „Wer heute kürzt. Zahlt morgen drauf“, so fasst die Diakonie Deutschland die Bewertung des Entwurfes des Bundeshaushaltes zusammen. Natürlich ist dies auch den Politikerinnen und Politikern bewusst, es ist ebenso bewusst, dass sich das Soziale im engen Sinne der Kosten nicht rechnet. Aber dessen Wert, der auch den sozialen Frieden zu sichern beiträgt, liegt stets höher und wir werden nicht müde, in allen Gesprächen darauf hinzuweisen und hart zu verhandeln. Die Diakonie Mitteldeutschland tut dies in allen Formaten ihrer sozialpolitischen Arbeit. Dabei ist es ernüchternd, dass es oft als Verhandlungserfolg zu bewerten ist, wenn die geplanten Kürzungen nicht ganz so hoch ausfallen.

4. Die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland (Fach- und Arbeitskräfte)

Anders als noch vor wenigen Jahren ist die Arbeitslosigkeit im Osten fast kein Thema mehr. Das Thema Fach- und Arbeitskräftesicherung stellt in Mitteldeutschland und in der Bundesrepublik insgesamt mittlerweile eine der zentralen Herausforderungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung unseres Wohlstands dar. Bereits heute ist der Arbeitsmarkt in vielen Bereichen von einem Engpass an verfügbaren Fach- und Arbeitskräften geprägt. In der Berufsausbildung zeigen sich ebenso zunehmend Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen. Das ist in weiten Teilen Deutschlands der Fall, doch im Osten ist der Bedarf besonders hoch. Nirgendwo sonst sind mehr und vor allem junge Menschen abgewandert, nirgendwo sonst werden in den kommenden Jahren so viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen.

Der Arbeitsmarkt insgesamt befindet sich in einem Wandlungsprozess und aus Bewerbungsgesprächen werden zunehmend Werbungsgespräche. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich zum Arbeitnehmermarkt, der

so genannte „Vakanzstress“ für Arbeitgeber steigt. War es in der jüngeren Vergangenheit noch das wesentliche Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, sind aktuell bereits 100.000 Stellen in Ostdeutschland unbesetzt, bis 2030 werden es hier rund 800.000 Menschen im arbeitsfähigen Alter weniger sein⁴. Das betrifft damit auch die Sozialwirtschaft. Die Fach- und Arbeitskräftegewinnung und -sicherung muss demnach als Querschnittsthema begriffen werden und berührt Wirtschaft, Verwaltung und Politik gleichermaßen. Man muss es sich bewusstmachen: keine Malermeisterin und kein Friseur kann ihre oder seine Leistungen anbieten, wenn weder die kleinen Kinder noch die betagten Eltern versorgt werden.

Die ostdeutschen Bundesländer haben sich seit der Wiedervereinigung und den turbulenten Transformationsjahren alles in allem gut entwickelt. Insbesondere die Bundesländer Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben inzwischen niedrigere Arbeitslosenquoten als einige westdeutsche Länder. Die drei Länder haben inzwischen die höchsten Beschäftigungsquoten in Deutschland und auch Sachsen-Anhalt entwickelt sich positiv. Die Löhne steigen überdurchschnittlich, hinken aber im Vergleich zu den Bundesländern im Westen noch immer hinterher. Gerade junge Menschen merken dies und verhalten sich deutlich fordernder als die älteren Beschäftigten, die allerdings weit weniger Sorge haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Positiv ist, dass Ostdeutschland damit zum Chancenland für Arbeits- und Nachwuchskräfte wird oder werden kann. Besonders für die Jugend wird Ostdeutschland auch zum Land der schnellen Karrieren und zum Familienland.

Die Kehrseite des Chancenlandes: In kürzester Zeit erleben wir den kompletten Umbruch der Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns. Bis 2035 gehen etwa 40 Prozent der aktuell noch Erwerbstätigen in den Ruhestand. Eine aktuelle Studie für Thüringen⁵ geht von einem Rückgang der Zahl an Erwerbstätigen um 140.000 aus. Überall wird absehbar Personal fehlen. Komfort- und Wohlstandsverluste sind durchaus realistisch und in der Gesundheits- und Sozialinfrastruktur geht es um noch viel mehr. Der Anteil an internationalen Arbeitskräften hat deutlich zugenommen. Der Aufwuchs an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Menschen aus dem Ausland konnte den Rückgang bei Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit überkompensieren. In Thüringen sind inzwischen 70.000 Menschen aus dem Ausland in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (2010 waren es gerade einmal 8.000).

Unsere Region ist auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Konträr dazu „erfreut“ sich die rechtspopulistische und rechtsextreme AfD in den neuen Ländern seit 2015 immer größerer Zustimmung. Die AfD ist inzwischen zu einer ostdeutschen Volkspartei geworden. Die feindselige Stimmung gegenüber Fremden ist in den Landkreisen Ostdeutschlands am größten, in denen auch der objektive Zuwanderungsbedarf am größten ist.

Vielen Unternehmen, Klein- und Mittelständische bis hin zu großen Unternehmensverbänden, ist der Bedarf an Arbeits- und Fachkräften aus dem Ausland bewusst. Ebenso die Bedeutung von Toleranz und Offenheit mit Blick auf die Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte. Die Wahlerfolge und Wahlprognosen der AfD in der mitteldeutschen Region mindern und hindern die Integration ausländischer Arbeitskräfte erheblich, viele beklagen das Auftreten fremdenfeindlicher Akteure in den spezifischen Regionen. Dazu kommen unzureichende Sprachkenntnisse, bürokratische Barrieren (die Nichtanerkennung von Qualifikationen) und kulturelle Unterschiede.

⁴ vgl. Arbeitskräftebedarf und Migration. Eine Befragung ostdeutscher Unternehmen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland; Juni 2023

⁵ Herausforderungen und Chancen im demographischen Wandel. Arbeits- und Beschäftigungsentwicklung in Thüringen -Projektion bis 2035. April 2023. Freistaat Thüringen, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit Frauen und Familie

Viele Unternehmen haben sich zur Anwerbung von Auszubildenden und Arbeits- und Fachkräften aus dem Ausland selbst auf den Weg gemacht. Die Erwartungen an den Staat betreffen vor allem die Förderung des Spracherwerbs, die Unterstützung bei administrativen Prozessen, sowie die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Darüber besteht ein Wechselverhältnis zwischen persönlichen Kontakten zu Einwanderern und den Einstellungen der Bevölkerung. Es ist erfolgversprechend, gegenseitiges Verständnis zu fördern und auf diesem Wege Vorurteile abzubauen. Die Entwürfe der Landeshaushalte und des Bundeshaushaltes haben dies offensichtlich nicht im Blick.